

Niederschrift

SOZ/027/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 30.09.2025

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
-------------------	-----	--------------------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Ralf Gissel	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
-----------------------------	--

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Manoharan Murali
Frau Carina Tiekötter	SPD	Vertretung für Herrn Hans-Hermann Kwiecinski
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Friedrich Theismann

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabsstelle Sozialdezernat
Frau Christina Meyer		Offene Behindertenarbeit
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

Herr Azevedo eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Carina Tiekötter als Mitglied im Sozialausschuss.

Für die Erstellung der Niederschrift ist ein KI-Tool verwendet worden.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/026/2025 über die öffentliche Sitzung am 09.07.2025

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die eingestellten Informationen zur Dokumenten-Ausgabebox und erwähnt, dass auch die Tageszeitung darüber berichtet habe.

Er informiert, dass gestern der Spatenstich im Europaviertel stattgefunden habe, wo 14 Plätze für intensiv betreutes und 7 Plätze für ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung entstehen. Zusammen mit den bestehenden 16 Plätzen im Europaviertel sowie den 24 Plätzen an der Marienkirche, die sich in der finalen Planungsphase befinden, seien innerhalb eines Jahres über 60 Plätze in Rheine realisiert worden. Er betont, dass die intensiven Diskussionen im Sozialausschuss der letzten fünf Jahre zu diesem Ergebnis geführt hätten.

Zudem teilt er mit, dass der Integrationsrat ab dem 1. November 2025 in „Ausschuss für Chancengleichheit und Integration“ umbenannt und in die Beratungsfolge des Rates integriert werde.

Herr Azevedo dankt der Verwaltung und unterstreicht die Bedeutung der gemeinsamen Bemühungen von Sozialausschuss und Stadt Rheine – insbesondere in Zusammenarbeit mit den Investoren und dem Wittekindshof – zur Verbesserung der Wohnsituation für Menschen mit Behinderung. Die erreichte Zahl an Plätzen sei vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Er lobt die Initiative aller Beteiligten. Anschließend erkundigt er sich nach der genauen Zahl der Plätze.

Herr Gausmann erläutert, dass insgesamt 61 neue Plätze geschaffen worden seien. Zusätzlich gebe es über 100 ambulante Plätze beim CeBeeF sowie weitere Plätze mit besonderen Wohnformen, etwa 16 bis 20 bei der Arbeiterwohlfahrt. Zusammen mit dem Wohnverbund des Caritasverbandes verfüge Rheine über mehr als 200 Plätze. Er betont, dass der Bedarf aufgrund der demografischen Entwicklung weiterbestehe. Als Beispiel nennt er Menschen mit Behinderung, die im Alter oft nicht in Senioreneinrichtungen leben könnten, weil sie weiterhin spezifische Betreuung benötigten. Die akute Notlage könne bis 2027 voraussichtlich reduziert, aber nicht vollständig behoben werden.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun erläutert, dass – wie Herr Gausmann bereits gesagt habe – der Integrationsrat ab dem 1. November 2025 in einen Integrationsausschuss umgewandelt werde.

Sie hebt im Zusammenhang mit der kürzlich stattgefundenen Interkulturellen Woche hervor, dass das diesjährige Thema die Bereicherung und die Veränderungen durch Gastarbeiter und Zuwanderer in Rheine gewesen sei. Im Rahmen dieser Woche sei auf dem Kumpers-Gelände ein Film gezeigt worden, der die Erfahrungen und Erlebnisse von Zeitzeugen dokumentiere. Der Film sei zudem auf der Internetseite von Metropoli sowie über eine Verlinkung auf der Internetseite der Stadt Rheine verfügbar. Besonders beeindruckend seien die Erfahrungsberichte der Gastarbeiter gewesen, die damals ohne Begleitung nach Deutschland gekommen seien und bereits am folgenden Tag mit der Arbeit begonnen hätten. Insgesamt habe es sich um eine gelungene Veranstaltung gehandelt.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier berichtet, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung am 1. September 2025 getagt habe. Themen seien unter anderem die Stellungnahmen zur Barrierefreiheit bei Baumaßnahmen gewesen; beispielsweise für die Caritas-Wohneinrichtung an der Osnabrücker Straße sowie für die Kreuzung Friedrich-Ebert-Ring/Heinrich-Lübke-Straße, wo die Lichtsignalanlage zugunsten einer Überquerungshilfe zurückgebaut worden sei.

Er berichtet weiter, dass der Sensibilisierungstag für neue Auszubildende der Stadt Rheine am 8. August 2025 aufgrund von Baumaßnahmen im Rathauszentrum in der Volkshochschule (VHS) stattgefunden habe. Das übliche Programm, das einen Weg durch die Innenstadt mit verschiedenen behindertengerechten Situationen umfasse, habe aus Zeitgründen nicht stattfinden können, dennoch sei die Veranstaltung erfolgreich verlaufen.

Ein weiteres Thema sei die Darstellung von Behindertenparkplätzen im interaktiven Stadtplan gewesen. Diese seien ursprünglich als „Parkplatz (behindertengerecht)“ bezeichnet worden, was die Suche erschwert habe. Nach Anpassung der Bezeichnungen seien sie nun unter Begriffen wie „Behindertenparkplatz“ auffindbar. Zudem habe eine Diskrepanz zwischen 27 Standorten und 51 Parkplätzen bestanden. Einige Plätze, etwa am Köpi, stünden wegen Bauarbeiten derzeit nicht zur Verfügung.

Ferner berichtet er von einer Eingabe einer Rollstuhlfahrerin, die sich über die Blockade des Gehwegs an der Breiten Straße/Ecke Krumme Straße durch ein italienisches Restaurant beschwert habe. Nach Einschreiten des Ordnungsamtes habe sich die Situation verbessert; an der Krumme Straße seien die Tische und Stühle entfernt, in der Breiten Straße nur noch einseitig aufgestellt worden, sodass ein Passieren wieder möglich sei.

Abschließend berichtet er von den Beratungen im Bauausschuss. Es habe eine Vorentwurfsplanung für den Umbau des Bahnhofsvorplatzes mit drei Varianten gegeben, die alle eine breitere Überquerung vom Bahnhof zur Innenstadt vorsähen.

Zudem thematisiert er den Wegfall des Morgensprinters und die damit verbundenen Schwierigkeiten für Menschen mit Behinderung, die in der Behindertenwerkstatt an der Düsterbergstraße beschäftigt seien. Diese müssten die gefährliche Sandkampstraße überqueren, um zur Werkstatt zu gelangen. Ursprünglich sei eine Fußgängerampel geplant gewesen bzw. alternativ eine Umleitung der Buslinie C2 mit einer Haltestelle in der Nähe der Werkstatt vorgeschlagen worden. Dies würde jedoch ebenfalls eine gefährliche Straßenüberquerung für die Betroffenen bedeuten. Bisher gebe es keine Fortschritte, was bei den Beteiligten zu Unmut führe. Er kritisiert, dass andere Projekte – etwa eine Überquerungshilfe für Kinder zu einem Sportgelände – schneller realisiert worden seien.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass in der letzten Beiratssitzung am 11.08.2025 die Einführung einer gemeinsamen Richtlinie für die drei Beiräte der Stadt Rheine im Mittelpunkt gestanden habe. Die Diskussion habe gezeigt, dass die einheitlichen Regelungen grundsätzlich begrüßt, jedoch die vorgesehene Mitgliederzahl von nur 12 Personen abgelehnt werde. Dies begründe sich durch die vielfältigen Aufgaben des Seniorenbeirates, wie Kinoveranstaltungen, Bewegungsparcours oder die Taschengeldbörse. Daher werde gebeten, die Mitgliederzahl von 20 Personen beizubehalten.

Weiter informiert sie über die Europäische Mobilitätswoche, die in Rheine vom 16. bis 22.09.2025 stattgefunden habe. Im Rahmen des Programms seien Angebote für Schülerinnen und Schüler sowie für Seniorinnen und Senioren durchgeführt worden, darunter Gehweg- und Radfahrtrainings für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sowie Schulungen zur Handhabung von Rollatoren in Stadtbussen.

Sie hebt hervor, dass in den Stadtteilen Dorenkamp und Schotthock, in denen viele junge Familien und ältere Menschen wohnen, Konflikte um Stellplätze für Rollatoren und Kinderwagen in den Linien C9 und C1 zu bestimmten Zeiten auftreten würden. Es bestehe daher Bedarf an klaren Regeln und Hinweisen für Fahrgäste, etwa zur Nutzung von Rampen oder zur Sicherung von Rollatoren und Kinderwagen.

Zudem kündigt sie eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Familienbeirat zum Thema "Den Tod ins Leben lassen – Trauerarbeit mit Kindern" am 29.10.2025 um 18:00 Uhr in der Familienbildungsstätte an.

Weiter informiert sie, dass die Taschengeldbörse Rheine am 26. August 2025 vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales durch Minister Josef Laumann für ihr ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet worden sei.

Des Weiteren weist sie auf eine zweite Veranstaltung des Seniorenbeirates in Kooperation mit der Verbraucherhilfe 60plus hin. Die Veranstaltung "Chance und Herausforderung des Internets" finde am 11.11.2025 um 09:15 Uhr im Stadtpark statt; die Teilnahme sei kostenlos.

Abschließend berichtet sie, dass im Wohnquartier Lehnerhöfen 29 barrierefreie Wohnungen entstehen würden, davon 24 öffentlich gefördert. Zudem sei die Errichtung eines Selbstbedienungssupermarktes geplant.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge berichtet, dass der Familienbeirat im September 2025 getagt habe.

Er verweist auf eine Veranstaltung zur Trauerbegleitung, die im Oktober 2025 stattfinden werde und auf die Frau von Es bereits hingewiesen habe.

Parallel dazu habe am 15. September 2025 der Weltkindertag stattgefunden, an dem sich der Familienbeirat engagiert habe. Ziel sei es gewesen, die Arbeit des Beirats vorzustellen und potenzielle Interessierte für die nächste Amtsperiode des Familienbeirats zu gewinnen. Zudem habe der Beirat Öffentlichkeitsarbeit betrieben, indem unter anderem auf den Familienpass und ähnliche Angebote aufmerksam gemacht worden sei.

Er gibt an, dass in den kommenden Wochen eine weitere Sitzung geplant sei, um eine Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen. Er hebt hervor, dass die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat

und dem Beirat für Menschen mit Behinderung in den letzten Jahren intensiviert worden sei. Dies sei insbesondere aufgrund von Themen wie älter werdende Menschen mit Behinderung, selbstständiges Wohnen sowie die Pflege von Angehörigen notwendig, da diese Fragestellungen sowohl den Familienbeirat als auch die anderen Beiräte betreffen. Darüber hinaus solle die Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat künftig weiter ausgebaut werden.

8. Konzept "Sozialraumbüro in Rheine" **Vorlage: 398/25**

Herr Gausmann erläutert, dass die Vorlage des Konzepts ursprünglich zu Beginn des Jahres geplant gewesen sei, sich jedoch krankheitsbedingt verzögert habe. Er hebt hervor, dass es eine umfangreiche Beteiligung gegeben habe, unter anderem durch intensive Diskussionen im Ludgerus-Forum mit Herrn Dr. Kurtenbach und weiteren Beteiligten. Ziel sei es gewesen, die verschiedenen Aspekte der sozialraumorientierten Arbeit in unterschiedlichen Stadtteilen und Strukturen abzubilden.

Er führt aus, dass die Verwaltung – entgegen der ursprünglichen Konzeptempfehlung – nicht vorschläge, ein zentrales Sozialraumbüro im Dorenkamp oder im Innenstadtbereich einzurichten. Es gebe bereits Akteure und Angebote an unterschiedlichen Orten. Er gehe davon aus, dass eine Bündelung nicht zu einer höheren Inanspruchnahme durch die Bürgerinnen und Bürger führen würde. Stattdessen schlage die Verwaltung vor, in den verschiedenen Stadtteilen gemeinsam mit den bestehenden Akteuren – ohne zusätzliche Personalressourcen – aus Jugendhilfe, Sozialhilfe, Seniorenarbeit und Migration ein dezentrales Konzept zu entwickeln, das regelmäßige Sprechstunden und aufsuchende Arbeitselemente umfasse. Er betont, dass in allen Stadtteilen geeignete Räumlichkeiten vorhanden seien und es vor allem darauf ankomme, die Bewohnerinnen und Bewohner zur Mitwirkung zu motivieren. Er zeigt sich optimistisch, dass die gewünschten Effekte erzielt werden können, und schlägt vor, nach einer ersten Phase die Ergebnisse zu evaluieren und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Herr Hewing begrüßt den dezentralen Ansatz und die aufsuchende Arbeit, äußert jedoch Zweifel an der Kostenneutralität des Konzepts. Er fragt, welche Akteure konkret beteiligt werden sollen und wie die Kostenneutralität gewährleistet werden könne.

Herr Gausmann antwortet, dass unter anderem die Erziehungsberatungsstelle, der Kinderschutzbund und der Caritasverband beteiligt seien. Er verweist auf bestehende Qualitäts- und Leistungsentwicklungsvereinbarungen, die genutzt werden sollen, um die Arbeit dezentral zu organisieren. Zudem habe die Verwaltung im Rahmen der dezentralen Angebote im Bereich Migration gute Erfahrungen gemacht und könne Synergien nutzen. Er betont, dass es zunächst darum gehe, mit den vorhandenen Ressourcen zu starten und erst bei Bedarf zusätzliche Mittel oder Personalressourcen zu beantragen.

Frau Lücke gibt an, dass ihre Fraktion den Vorschlag der Verwaltung unterstütze, zunächst die Bedarfe zu ermitteln und das Konzept zu entwickeln, bevor zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden. Sie regt an, im Konzept die relevanten Akteure und Stadtteile konkret zu benennen, um die Planung zu präzisieren.

Herr Gissel weist darauf hin, dass im Konzept auch die Berücksichtigung eines Digitalisierungsaspekts empfohlen werde, was für den Ressourceneinsatz von Bedeutung sei.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt das Konzept eines Sozialraumbüros in Rheine zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Ergebnisse des InWIS-Berichts sowie der Sozialberichterstattung der Stadt Rheine und in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe, der Sozialhilfe und weiteren relevanten Akteuren ein Konzept für die Stadt Rheine zu entwickeln. Dieses Konzept soll auf die Bedarfe der Zielgruppen ausgerichtet sein, die bislang durch zentrale Angebote nicht ausreichend erreicht werden konnten. Bereits bestehende dezentrale Angebote sind in die Konzeptentwicklung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Vorstellung Verfahren zur Erstellung des Aktionsplans Inklusion Vorlage: 430/25

Herr Gausmann erläutert, dass Frau Meier als Hauptansprechpartnerin für inklusive Arbeit in der Stadt Rheine fungiere und maßgeblich an der Erstellung des Aktionsplans beteiligt sei. Er führt aus, dass es sich dabei um den dritten Anlauf zur Erstellung eines Aktionsplans handele, wobei frühere Versuche aufgrund von Personalwechseln gescheitert seien. Frau Meier sei bereits die vierte Person, die in diesem Bereich tätig sei, was die Kontinuität erschwere. Er erklärt, dass der aktuelle Ansatz darin bestehe, den Aktionsplan nicht umfassend über alle Bereiche der UN-Behindertenrechtskonvention hinweg zu entwickeln, sondern sich auf bereits bestehende Pläne zu konzentrieren. Der Schwerpunkt liege zunächst auf der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans, der bis 2027 laufe. Ziel sei es, innerhalb eines Jahres konkrete Ergebnisse zu erzielen, die über Barrierefreiheit hinaus auch Haltungsfragen und weitere Aspekte der Inklusion berücksichtigen. Nach Abschluss dieses Teilprojekts sollen weitere Inklusionsthemen wie Wohnen, Sozialbericht „Bildung“ und gesellschaftliche Teilhabe bearbeitet werden. Er betont, dass dieser schrittweise Ansatz zielführender sei und eine erfolgreiche Umsetzung wahrscheinlicher mache.

Frau Lücke äußert, dass sie zunächst „Wohnen und Teilhabe“ als Schwerpunkt erwartet habe. Nach den Erläuterungen von Herrn Gausmann zeigt sie Verständnis für die Priorisierung der Kinder- und Jugendarbeit. Sie regt an, die Evaluation des Plans mindestens alle drei Jahre durchzuführen, da ein Zeitraum von drei bis fünf Jahren zu lang erscheine. Zudem fragt sie, warum die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige nicht als Teilnehmende der Inklusionskonferenz aufgeführt worden sei, obwohl sie ein wichtiger Akteur sei. Abschließend erkundigt sie sich nach weiteren Möglichkeiten der politischen Beteiligung neben der Inklusionskonferenz und dem Sozialausschuss.

Herr Gausmann antwortet, dass die Evaluation des Kinder- und Jugendförderplans nach drei Jahren beginne, um die Fortschreibung nach fünf Jahren vorzubereiten. Die Nennung der EUTB in der Inklusionskonferenz sei lediglich exemplarisch; weitere Akteure wie die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung würden ebenfalls zum Teilnehmerkreis gehören. Zur politischen Beteiligung erklärt er, dass diese über die Vorsitzende des Sozialausschusses in der Lenkungsgruppe sowie durch regelmäßige Berichte im Sozialausschuss gewährleistet sei. Zusätzliche Untergruppen könnten bei Bedarf eingerichtet werden, wobei die Politik stets einbezogen werde. Er betont, dass Inklusion neben technischen Aspekten auch eine Einstellungs- und Haltungsfrage sei, die politisch diskutiert werden müsse.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, den beschriebenen Prozess zur Erstellung des Aktionsplanes Inklusion zu initiieren und zu begleiten.

2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen des Aktionsplanes Inklusion mit dem Teilprojektplan zum Thema „Kinder und Jugend“ zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Berichterstattung Begegnungszentrum Mitte 51
Vorlage: 229/25

Frau Gehrke berichtet über die Entwicklung des Begegnungszentrums Mitte⁵¹, das seit 2019 in Betrieb und 2023 um einen Multifunktionsraum mit Bühne, Gruppenraum, Küche und Lagerraum erweitert worden sei. Sie hebt die vielfältigen Aufgaben des Hausmanagements hervor, darunter die Koordinierung des Programms, die Raumvergabe, Netzwerkarbeit sowie die Unterstützung bei Projekten und Veranstaltungen. Die Angebote des Zentrums umfassen unter anderem Skat-treffen, Nähcafés, Tanzgruppen und Kindertagespflege. Sie betont, dass die Digitalisierung im Zentrum Einzug gehalten habe, sodass Anmeldungen, Raumanfragen und Förderanträge digital abgewickelt werden könnten. Zudem seien im gesamten Gebäude QR-Codes für Bedienungsan-leitungen verfügbar.

Sie erläutert, dass regelmäßig Hausversammlungen stattfinden, um die Angebote abzustimmen und Akteure miteinander zu vernetzen. Der neu eingerichtete Beirat habe sich bereits zweimal getroffen und unterstütze die Weiterentwicklung des Zentrums. Die Besucherzahlen seien von durchschnittlich 633 Personen im Jahr 2023 auf 1.100 Personen im Jahr 2024 gestiegen, was auf die neuen Raumangebote zurückzuführen sei. Sie weist darauf hin, dass in der Mittagszeit und im Bewegungsbereich noch freie Kapazitäten vorhanden seien. Die Einnahmen aus Nut-zungsentgelten hätten den Haushaltsansatz mit knapp 20.000 Euro nahezu erreicht. Es habe keine Absagen aufgrund finanzieller Hürden gegeben.

Abschließend erläutert sie, dass der Bericht auch die Aktivitäten des Beratungsbüros für Migra-tion im Dorenkamp darstelle und Herr Gausmann bereits zuvor auf diese Form der quartiers- und sozialraumbezogenen Arbeit hingewiesen habe. Insbesondere seien die Kurse der Sprach-offensive ein wichtiger Bestandteil. Die Berichterstattung zum Stadtteilbüro stehe zudem stell-vertretend für die übrigen Stadtteilbüros im Bereich Migration, zum Beispiel an der Jägerstraße, im Schotthock oder auch in Mesum.

Frau Lücke erkundigt sich nach einem Beschwerdemanagement.

Frau Gehrke bestätigt, dass es Möglichkeiten gebe, Lob und Kritik zu äußern – etwa über die Hausversammlungen oder den direkten Kontakt mit dem Hausmanagement. Der Beirat werde sich ebenfalls mit Anregungen und Beschwerden befassen.

Die Teilnehmenden der Sitzung äußern sich lobend über die Vielfalt der Angebote sowie die en-gagierte Arbeit des haupt- und ehrenamtlichen Personals.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2024 zum Begegnungszentrum Mitte⁵¹ sowie die Ausführungen zum Stadtteilbüro Dorenkamp zur Kenntnis (Teile I und II der Vorlage).

11. Berichterstattung Kommunales Integrationsmanagement KIM Vorlage: 427/25

Frau Gehrke erläutert, dass der Jahresbericht zum Kommunalen Integrationsmanagement (KIM) einen Überblick über die Entwicklungen in diesem Bereich gebe. Grundlage für die Fördermittel sei das Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Die KIM-Struktur werde inzwischen in allen Kreisen und kreisfreien Städten in NRW finanziert. Für die Stadt Rheine sei dies Chance und Herausforderung zugleich, da die Aufgaben auf Basis der eigenen Ausländerbehörde, des Jugendamtes und des Integrationsrates sowie durch besondere Förderbausteine zu bewältigen seien. Das Land fördere in Rheine drei Bausteine: eine koordinierende Stelle, Anteile für das Case Management zur individuellen Beratung Zugewanderter sowie Personalstellenanteile zur Stärkung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde.

Im Case Management seien drei Stellen besetzt. Zwei freie Träger würden sich die Beratungsfälle links und rechts der Ems gleichmäßig aufteilen. Die begleitende Lenkungsgruppe befasse sich vorrangig mit der Anerkennungsberatung ausländischer Berufsabschlüsse und prüfe Verbesserungsmöglichkeiten, die bei Bedarf als Anregungen an das Land weitergegeben würden. Ein weiteres Thema sei die Gewährung von Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Sie führt aus, dass im Case Management festgestellt worden sei, dass bei einem sogenannten Rechtskreiswechsel – etwa, wenn Personen aus dem SGB-II-Bezug herausfallen und stattdessen Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen – Lücken in der Leistungsgewährung entstehen könnten. Dies betreffe besonders Kinder und Jugendliche, die auf Mittagsverpflegung in Schulen oder Lernförderung angewiesen seien. Die Lenkungsgruppe arbeite intensiv an Lösungen, da ein Rechtskreiswechsel keine Versorgungslücken verursachen dürfe.

Positiv hebt sie die Zusammenarbeit mit einem freien Träger hervor, der eine Formularhilfe entwickelt habe. Ehrenamtliche unterstützten Menschen an verschiedenen Standorten – darunter Treff 100, Mitte⁵¹ und Centro S. Antonio – beim Ausfüllen von Anträgen. Das Angebot werde gut angenommen und in enger Kooperation mit dem Case Management weiterentwickelt.

Zur Unterstützung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde berichtet sie, dass die Einbürgerungsfallzahlen gestiegen seien. Die Bearbeitungszeiten von rund zehn Monaten seien weiterhin lang, bedingt durch hohe Antragszahlen und aufwendige Prüfverfahren. Die Landesförderung zusätzlicher Personalstellen helfe, die Bearbeitungszeiten schrittweise zu verkürzen.

Sie erwähnt zudem die zweite Einbürgerungsfeier der Stadt Rheine, bei der die positiven Lebensläufe der Eingebürgerten gewürdigt worden seien.

Herr Hewing merkt an, dass die Zahl der aufgenommenen Beratungsfälle im Case Management leicht, die der nicht aufgenommen deutlich zurückgegangen sei, und fragt nach den Gründen.

Frau Gehrke erklärt, dass die vom Land finanzierten Stellenanteile geringfügig reduziert worden seien, was zu einer Anpassung der Personalkapazitäten geführt habe. Zudem hätten sich die Strukturen der Beratungsstellen etabliert, wodurch eine gezieltere Fallzuweisung möglich sei. Im ersten Jahr habe es aufgrund der neuen Beratungsstelle einen besonders hohen Zulauf gegeben, der sich inzwischen normalisiert habe.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Kommunalen Integrationsmanagement zur Kenntnis.

12. Integration durch Bildung: Sprachoffensive der Stadt Rheine, Arbeit des multiprofessionellen Teams, Beratung für Seiteneinsteiger an Grundschulen und weiterführenden Schulen
Vorlage: 447/25

Frau Gehrke erläutert, dass die vorgelegte Übersicht jährlich erstellt werde, um die Bildungsmaßnahmen zur Integration von zugewanderten Menschen und Fachkräften darzustellen. Zentrales Element sei die Sprachoffensive für Erwachsene, die mit einem dezentralen und niedrigschwelligen Kursangebot in den Nachbarschaften hohe Akzeptanz finde. Ergänzend dazu gebe es das zweiwöchige Ferienintensivtraining für Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen, das seit Jahren erfolgreich in den Sommerferien durchgeführt werde. Zudem werde regelmäßig an der Gewinnung und Schulung neuer Dozentinnen und Dozenten gearbeitet, um die Qualität der Kurse zu sichern. Die Zahl der Kurse sei seit 2018 von 28 auf 74 im Jahr 2024 gestiegen; zum 01.07.2025 seien bereits 36 Kurse angeboten worden, teils vor Ort, teils digital. Ein weiterer Fokus liege auf der Anbindung an Zertifikatskurse VHS und anderer Bildungsträger, um Übergänge und weiterführende Qualifizierungen im Spracherwerb zu gewährleisten. Sie betont zudem, dass auch Arbeitgeber ein zunehmendes Interesse an der Sprachoffensive zeigen würden, um die betriebliche Integration zu fördern.

Ein weiterer Bestandteil sei das multiprofessionelle Team, das im Schulverbund im Schotthock tätig sei, bestehend aus der Ludgerusschule, der Bodelschwinghschule und der Nelson-Mandela-Schule, die einen hohen Anteil an zugewanderten Kindern hätten. Das Team biete individuelle Beratung für neu zugewanderte Familien, führe Projekte wie das „Bike-Scout-Projekt“ durch, unterstütze den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule und stehe in regelmäßigem Kontakt mit den Willkommensklassen. Der Wunsch nach einer Ausweitung des Teams könne derzeit aufgrund der Förderbedingungen des Landes NRW nicht umgesetzt werden.

Abschließend geht sie auf die Seiteneinsteigerberatung ein, die neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler beim Einstieg in das Schulsystem unterstütze und Eltern einen Überblick über das Schulsystem gebe. Sie nennt 43 Zuweisungen im Primarbereich und 63 im Bereich der weiterführenden Schulen, was die weiterhin hohe Zuwanderung verdeutliche, auch wenn die Flüchtlingszuweisungen derzeit gering sei.

Herr Ortel fragt zu Punkt 1.3 der Vorlage, ob die Anpassung der pauschalierten Aufwandsentschädigung für Lehr- und Lernmaterialien eine Kürzung oder eine Anpassung an die tatsächlichen Erfordernisse darstelle.

Frau Gehrke erklärt, dass die Anpassung auf Basis der tatsächlichen Materialaufwendungen erfolgt sei, die von den Dozentinnen und Dozenten nachgewiesen würden. Bei geringfügigen Überschreitungen der Materialpauschale würden Lösungen gefunden.

Frau Lücke erkundigt sich nach dem Rückgang der Zahl qualifizierter Dozentinnen und Dozenten von 21 im Jahr 2024 auf 14 im aktuellen Jahr.

Frau Gehrke führt dies auf individuelle Gründe zurück, wie Umorientierungen, Wechsel zu anderen Bildungsträgern wie der VHS, die attraktivere Strukturen böten, oder die Beendigung der Tätigkeit pensionierter Lehrkräfte. Sie betont, dass die verbleibenden Dozentinnen und Dozenten ihre Arbeit als erfüllend empfinden und weiterentwickeln möchten. Besonders im Ferienintensivtraining biete die Tätigkeit für Referendarinnen, Referendare und Lehramtsstudierende wertvolle Praxiserfahrung. Eine Sprachlernbegleiterin sei bereits seit sieben Jahren in diesem Bereich tätig, was die Attraktivität des Arbeitsfeldes unterstreiche.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

13. Prüfung der Aufnahme von Kindern aus dem Gazastreifen - Anfrage der SPD-Fraktion Vorlage: 471/25

Frau Lücke bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der gestellten Fragen und verweist darauf, dass das Thema bereits im Jugendhilfeausschuss behandelt worden sei. Sie erläutert, dass die SPD-Fraktion dort eine Erweiterung der Prüfanfrage angeregt habe, um die konkreten Kapazitäten in Rheine zu ermitteln. Herr Gausmann habe in diesem Zusammenhang von einer möglichen Aufnahme von zehn bis zwanzig Kindern gesprochen, wobei eine Abfrage bei den Trägern erfolgen solle. Zudem sei eine rechtliche Klärung der Visa-Bestimmungen erforderlich, wenn Flüchtlinge nach Deutschland eingeladen würden. In diesem Fall handle es sich nicht um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sondern um Kinder, die auf freien Plätzen untergebracht werden könnten. Sie betont, dass es der SPD-Fraktion darum gehe, humanitäre Hilfe zu leisten und Kindern, die durch den Krieg bedroht seien, Schutz zu bieten. Sie hoffe, dass durch die Initiative mehrerer Kommunen und politischer Akteure das Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem Bund klare Regelungen schaffen könne. Aktuell existierten nur Visa-Regelungen über Jordanien, die jedoch keine Aufnahmen in Deutschland ermöglichten.

Herr Gausmann ergänzt, dass diese Vorlage bereits dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden sei. Er erläutert, dass nach den Paragraphen 23 und 24 des Aufenthaltsrechts Visa-Regelungen bestünden, die jedoch in der Praxis nicht umgesetzt würden. Er verweist auf eine frühere Anfrage vor zwei Jahren, bei der die Aufnahme von Kindern trotz positiver Bescheidung und finanzieller Absicherung an der Visa-Erteilung gescheitert sei. Ohne Visa sei eine Einreise in die Bundesrepublik nicht möglich. Er hebt hervor, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Absprache mit dem Bundesinnenministerium eine Regelung nach § 23 Aufenthaltsrecht schaffen könnte. Auf europäischer Ebene sei dies im Fall der Ukraine innerhalb weniger Tage gelungen. Derzeit sehe er keine Anzeichen dafür, dass Land oder Bund in diese Richtung arbeiteten. Zudem äußert er Zweifel, wie es logistisch möglich sein solle, Kinder aus dem Gazastreifen nach Deutschland zu bringen. Hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen erklärt er, dass eine Unterbringung theoretisch über die Regelungen des SGB VIII möglich sei, jedoch erhebliche Herausforderungen bestünden, insbesondere im Umgang mit hochtraumatisierten Kindern. Er plädiert für eine europäische Lösung und betont, dass Kommune und Träger vor Ort bereit seien, Unterstützung zu leisten, einschließlich psychologischer Betreuung, sofern entsprechende Regelungen geschaffen würden.

Herr Ortel stellt die Frage, ob die Aufnahme von Kindern aus dem Gazastreifen unter den aktuellen Umständen der effektivste Weg sei, Hilfe zu leisten. Er verweist auf die Schwierigkeiten aufgrund der militärischen Lage und die politischen Verhältnisse vor Ort und betont, dass Hilfe vor Ort möglicherweise wirksamer sei.

Herr Hewing unterstreicht die Wichtigkeit, den Kindern im Gazastreifen zu helfen, äußert jedoch Zweifel, ob die Trennung traumatisierter Kinder von ihren Eltern eine geeignete Lösung darstelle. Er bezweifelt zudem, dass eine angemessene psychologische Betreuung dieser Kinder in Deutschland gewährleistet werden könne.

Frau Lücke entgegnet, dass es sich nicht um ein „Entweder-oder“, sondern um ein „Sowohl-als-auch“ handeln müsse. Sie betont, dass die Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen vor Ort Vorrang habe, jedoch auch die Möglichkeit bestehen müsse, verwaiste, behinderte oder me-

dizinisch besonders hilfsbedürftige Kinder aufzunehmen, sofern entsprechende Visa-Regelungen geschaffen würden. Sie verweist auf Fachkräfte, die bereit seien, Plätze für diese Kinder zu stellen, und appelliert – wie bereits in Düsseldorf und anderen Kommunen – an das Land, eine Klärung mit dem Bund herbeizuführen.

Herr Gissel berichtet von seinen Erfahrungen bei Terre des Hommes und erklärt, dass der Verbleib von Kindern in ihrem Heimatland grundsätzlich vorzuziehen sei, solange eine Versorgung vor Ort gewährleistet werden könne. Er unterstützt daher den Ansatz, vor Ort zu helfen, und sieht die Aufnahme von Kindern als letzte Option, die auf Bundes- oder Landesebene geregelt werden müsse.

Frau Floyd-Wenke äußert Skepsis, ob die Kommune tatsächlich Einfluss auf die Landes- oder Bundespolitik nehmen könne. Sie verweist auf die restriktive Politik der Bundesregierung, insbesondere bei Familienzusammenführungen, und bezweifelt, dass eine Regelung zur Aufnahme von Kindern aus dem Gazastreifen umgesetzt werde. Sie vermutet, dass entsprechende Initiativen eher von privaten Organisationen als von staatlicher Seite ausgehen würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Erweiterung der kurzfristig teilstationären Übernachtungsplätze speziell für Frauen Vorlage: 449/25

Frau Gehrke erläutert, dass im Sozialausschuss (26.03.2025 – Vorlage 086/25) das Konzept zur Erweiterung der Übernachtungsplätze für Frauen im Kremer-Haus vorgestellt und die Verwaltung beauftragt worden sei, die Realisierung zu prüfen. Diese Vorlage bilde nun die Grundlage der heutigen Beratung. Sie berichtet, dass eine baufachliche Begutachtung des zur Verfügung stehenden Bereiches im ersten Obergeschoss vorgenommen worden sei. Auf dieser Grundlage sei ein Vorschlag für die Sanierung und Instandsetzung erarbeitet worden, der die Schaffung von drei zusätzlichen Schlafplätzen ermögliche. Eine Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) habe hinsichtlich des Raumprogramms stattgefunden. Die Refinanzierung solle über die Abschreibung im Rahmen der Pflegesätze erfolgen.

Sie weist darauf hin, dass bereits jetzt mehr Frauen im Kremer-Haus für kurzfristige Notübernachtungen aufgenommen würden – jedoch unter räumlich beengten und suboptimalen Bedingungen. Mit der geplanten Erweiterung und der Anbindung an Beratungs- und Unterstützungsangebote, perspektivisch auch durch die Einrichtung eines Housing-First-Angebots, könne der Bereich gestärkt und besser auf die spezifischen Bedürfnisse und den Schutz von Frauen ausgerichtet werden.

Herr Ortel betont, dass die Zustimmung zu diesem Vorhaben im Grunde nicht verweigert werden könne, auch wenn er die Maßnahme als „besser als nichts“, aber dennoch als unzureichend beschreibt.

Herr Gausmann hebt hervor, dass das Kremer-Haus seit über 30 Jahren bestehe, bislang jedoch keine besonderen Möglichkeiten zur Unterbringung von Frauen geschaffen worden seien. Er zeigt sich erfreut, dass unter den gegebenen Bedingungen nun zumindest drei Plätze entstehen können. Zudem verweist er darauf, dass die nächste Einrichtung für obdachlose Frauen in Münster liege. Er kündigt an, die Nachfrage zu beobachten, um gegebenenfalls in einigen Jahren über eine Erweiterung der Plätze zu beraten, falls die Kapazitäten dauerhaft ausgelastet seien.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der baulichen Instandsetzung des Kremer-Hauses zur Einrichtung von drei weiteren kurzfristig teilstationären Übernachtungsplätzen von Frauen zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Prüfung eines mobilen und/oder stationären Dusch- und Beratungsangebots ("Seifenbüchse") für wohnungslose Menschen in Rheine
Antrag der SPD-Fraktion vom 30.06.2025
Vorlage: 408/25**

Frau Lücke dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage, betont jedoch, dass noch nicht alle Aspekte geklärt seien. Sie kritisiert, dass die zwei Duschmöglichkeiten im Treff 100, die Männern und Frauen offenstehen, für die gesamte Kommune unzureichend seien. Zudem stelle die Anbindung an die Drogenberatung für viele wohnungslose Menschen eine zu hohe Hürde dar, da nicht alle ein Suchtproblem hätten. Sie erkundigt sich nach Angeboten für unter 18-Jährige, da sich die bestehenden Einrichtungen überwiegend an Volljährige richteten. Aus dem Arbeitskreis Soziales bringt sie die Anregung ein, betroffenen Gruppen niedrigschwellig Eintrittskarten für das Hallenbad bereitzustellen, da junge Menschen oft Sorge hätten, bei Kontakt mit Institutionen in Obhut genommen zu werden.

Herr Gausmann betont, die Kommune verfüge im Vergleich zu anderen Städten bereits über umfangreiche Angebote. Jugendliche unter 18 Jahren müssen eine Inobhutnahme nicht fürchten, da sie einen Rechtsanspruch darauf hätten; dort seien auch hygienische Bedingungen gewährleistet. Aus jugendhilferechtlicher Sicht sei es nicht vertretbar zu signalisieren, dass man sich der Inobhutnahme entziehen könne, da dies Zukunftsperspektiven gefährde. Er zeigt sich offen für weitere Maßnahmen und unterscheidet zwischen Obdachlosigkeit und prekären Wohnsituationen, da nicht alle Personen im Straßenbild tatsächlich obdachlos seien. Das bestehende Angebot für über 18-Jährige werde derzeit als bedarfsgerecht eingeschätzt.

Frau Lücke erklärt, sie unterstütze die Inobhutnahme grundsätzlich, weist aber darauf hin, dass sich manche Jugendliche bewusst der Versorgung entzögen und dadurch von Hilfe ausgeschlossen seien. Rückmeldungen aus der Kinderschutzstelle bestätigten dieses Problem. Sie betont die Notwendigkeit, auch für diese Jugendlichen Lösungen zu finden, und ergänzt, dass die bestehenden Duschmöglichkeiten zwar positiv, aber bislang nicht allen bekannt gewesen seien.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Prüfauftrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss nimmt die bestehenden Angebote und damit die Erledigung des Prüfauftrags zur Kenntnis.

**16. Programmübersicht Interkulturelle Woche (IKW) 2025
Vorlage: 426/25**

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage und schließt sich den Ausführungen von Frau Dursun zum Tagesordnungspunkt 4 „Informationen aus dem Integrationsrat“ an. Sie hebt hervor, dass im Rahmen der Interkulturellen Woche eine Vielzahl von Veranstaltungen stattgefunden habe. Zudem weist sie darauf hin, dass der letzte Programmpunkt – ein internationaler Spielenachmittag im Centro S. Antonio – am folgenden Tag stattfinde, und lädt Interessierte zur Teilnahme ein.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Interkulturellen Woche (IKW) 2025 zur Kenntnis.

**17. Nachbesetzung Seniorenbeirat
Vorlage: 458/25**

Herr Gausmann erläutert, dass der bisherige Seniorenbeirat voraussichtlich noch 3 bis 4 Sitzungen abhalten werde, bevor der neue im April oder Mai 2026 gebildet werde. Er führt aus, dass der Seniorenbeirat darum gebeten habe, um die Kontinuität der Arbeit sicherzustellen und die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt Frau Kirsten Markgraf als stellvertretendes Mitglied des Seniorenbeirates.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Anfragen und Anregungen

Zum Abschluss der öffentlichen Sitzung bedankt sich Herr Azevedo im Namen des Sozialausschusses – auch stellvertretend für Frau Hovestadt – für die geleistete Arbeit in der zu Ende gehenden Wahlperiode. Er hebt die gute Zusammenarbeit im Ausschuss sowie die hohe Qualität der Vorlagen hervor, die eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Gremiums bildeten. Er betont, dass die Ergebnisse des Ausschusses insgesamt sehr positiv seien, und würdigt die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die in der kommenden Wahlperiode möglicherweise nicht mehr vertreten sein werden. Die Verabschiedung der Ratsmitglieder erfolgt im Rat.

Ende öffentliche Sitzung: 18:31 Uhr

José Azevedo
Stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin